

Förderung ja, aber ohne zusätzliche Abgabe

Die Bevölkerung der Gemeinde Bütschwil-Ganterschwil muss über das Energieförderprogramm abstimmen.

Sabine Camedda

Die Förderung von alternativer Energieerzeugung ist schon recht – aber nicht so. Christian Vogel erinnert sich an den Moment Anfang Mai, als er im Mitteilungsblatt der Gemeinde Bütschwil-Ganterschwil erstmals über das Reglement für das Energieförderprogramm gelesen hat. 200 000 Franken hat die Gemeinde bisher im Gemeindefinanzplan aufgeführt, um die Installation von Fotovoltaikanlagen, Wärmepumpen und Ähnlichem von Privaten und Unternehmen zu fördern.

Das dafür aufgewendete Geld soll nun nicht mehr aus dem allgemeinen Haushalt genommen werden, schlägt der Gemeinderat vor. Neu soll für die Durchleitung elektrischer Energie beziehungsweise Gas, durch den öffentlichen Grund eine Abgabe entrichtet werden, um den Fördertopf zu öffnen. Für jede Kilowattstunde sollen 0,3 Rappen anfallen. Allerdings soll es weiterhin Einlagen aus dem Gemeindehaushalt geben.

«Der Zeitpunkt könnte nicht schlechter sein»

Christian Vogel beginnt zu recherchieren und findet heraus: Hier will der Gemeinderat eine neue Steuer einführen. Wenige Tage später bespricht er das Vorhaben der Gemeinde mit Bauern und Vertretern der Landwirtschaft und dabei wird dem politisch aktiven Jusstudenten klar, dass er das Referendum gegen das Reglement ergreifen muss.

Praktisch im Alleingang schafft er es innerhalb der rund sechswöchigen Frist, 846 Unterschriften zu sammeln. Das benötigte Quorum vom 337 gültigen Unterschriften ist somit weit übertroffen. «Ich habe viel Zeit aufgewendet und mit vielen Bürgern gesprochen», erzählt er. «Das Ganze ist schon fast zu



Christian Vogel zog mit seiner Mappe herum, argumentierte gegen das Reglement und sammelte weit mehr als die benötigten Unterschriften für das Referendum.

Bild: Sabine Camedda

meinem Hobby geworden.» Die Bürgerinnen und Bürger zu einer Unterschrift zu bewegen, schien Christian Vogel wenig Mühe gemacht zu haben. Die Unterlagen mit seiner Argumen-

tation gegen die Finanzierung des Energieförderprogramms – den Rest des Reglements findet er nicht schlecht – füllen eine Aktenmappe. «Das Thema ist überfallartig aufgepoppt. Im

Gegensatz zu anderen Plänen wurde es auch nicht Anfang Jahr im Mitteilungsblatt angesprochen», sagt Christian Vogel. An der Bürgerversammlung sei es nur am Rande und in Zusam-

Bevölkerung finanziert Fotovoltaikanlagen

Gleichzeitig mit seiner Aktion gegen das Reglement zum Energieförderprogramm wirft Christian Vogel eine Idee auf, um nachhaltig die Produktion alternativer Energie zu fördern.

Auf dem Dach der Sportanlage Breite und des Hallenbads, das demnächst saniert und ausgebaut wird, solle eine grosse Fotovoltaikanlage erstellt werden, schlägt er vor. Finanziert werden soll diese von den Bürgerinnen und Bürgern. «Jeder soll die Möglichkeit haben, einen

oder mehrere Quadratmeter käuflich zu erwerben», erklärt er. Mit diesem Geld soll die Anlage finanziert werden. Die «Besitzerinnen und Besitzer» werden je nach produzierter Solarenergie entschädigt. Dieser Betrag soll von der Stromrechnung abgezogen werden.

«Eine solche Solaranlage gibt es bereits in der Stadt Wil», erklärt Christian Vogel. «Ich bin überzeugt, dass dieses System auch bei uns funktionieren würde.» (sas)

menhängen mit Anträgen erwähnt worden. In den Gesprächen habe er gemerkt, dass der Text im Mitteilungsblatt von den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht verstanden wurde.

Auch den Zeitpunkt, um einer Erhöhung der Strom- und Gaspreise anzuheben, ist für Christian Vogel denkbar schlecht. Die Inflation steige, der Strom wird – wie viele andere Güter auch – teurer. Rund 140 000 Franken würde durch diese Erhöhung eingenommen, was für jeden Haushalt in Bütschwil-Ganterschwil rund 70 Franken ergebe, hat Christian Vogel ausgerechnet. Sauer stösst ihm ausserdem auf, dass mit dieser Abgabe eine dritte Steuer auf Strom erhoben wird. Er sagt: «Strom ist lebensnotwendig und bereits mit der Mehrwertsteuer von 7,7 Prozent und einer Wasserkraftabgabe belegt.»

Wer zudem sein Haus mit Gas beheize, werde gleich doppelt zur Kasse gebeten, einmal mit der Abgabe für den Strom und einmal eben für Gas.

Das Volk soll ausgehebelt werden

Für Christian Vogel ist nicht klar, warum das bisher gut funktionierende System der Energieförde-

rung durch ein anderes abgelöst werden soll. Seit Mai 2020 hat die Gemeinde Bütschwil-Ganterschwil, so schreibt sie im Mitteilungsblatt, 161 Gesuche gutgeheissen und dafür über 400 000 Franken gesprochen.

Falls dieser Betrag nicht reicht, hätte es andere Möglichkeiten gegeben, ist Christian Vogel überzeugt. «Der Gemeinderat hätte den Beitrag im Budget erhöhen können und darüber hätte das Volk an der Bürgerversammlung diskutieren und abstimmen können.» Nun will die Gemeinde die Bürger ein weiteres Mal zur Kasse bitten, um einen zweiten Topf zu öffnen.

Wie hoch die Abgabe ist, nämlich aktuell 0,3 Rappen pro Kilowattstunde Strom oder Gas, ist im Reglement festgeschrieben. So gebe sich der Gemeinderat einen Freipass, um diese Abgabe zu erhöhen. Wollten sich die Bürgerinnen und Bürger dagegen wehren, müssten sie wieder ein Referendum ergreifen, zählt Christian Vogel einen weiteren Kritikpunkt auf.

Wie es nun weitergeht, und vor allem wann das Stimmvolk über das Reglement abstimmen wird, weiss Christian Vogel nicht. Die Gemeinde war bisher für eine Stellungnahme nicht erreichbar.